

Herrn Bundesminister  
Dipl.-Kfm. Eduard MÜLLER, MBA  
Bundesministerium für Finanzen und  
Bundesministerium für öffentlichen Dienst und Sport  
Johannesgasse 5  
1010 Wien

Unser Zeichen:  
Zl. 25.436/2019-VA/Dr. Schn

Datum:  
Wien, 23. September 2019

Betreff: Gleichbehandlung von BeamtInnen

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Am 19. September 2019 wurde im Nationalrat das Pensionsanpassungsgesetz 2020 und eine Reihe von Abänderungsanträgen dazu beschlossen. Damit werden für PensionsbezieherInnen u. a. folgende Verbesserungen geschaffen:

- Erstmalige Pensionserhöhung nicht erst ab 1. Jänner des dem Stichtag zweitfolgenden Kalenderjahres
- Abschlagsfreie Pension nach 540 Beitragsmonaten (davon bis zu 60 Versicherungsmonate)
- Abschlagsfreie Schwerarbeitspension bei Invalidität bzw. Berufsunfähigkeit

**Die GÖD fordert alle mit dem PAG 2020 eingeführten Vorteile in Analogie auch für BeamtInnen ein.**

Es darf nicht sein, dass etwa PolizistInnen, JustizwachebeamtInnen, SoldatInnen oder Personen, die im Gesundheitswesen arbeiten, schlechter gestellt sind, nur weil sie in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehen!

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung



Dr. Norbert Schnedl  
Vorsitzender

Ergeht in Kopie an:  
Parlamentsklubs